

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

58. Ministerrat

24. Juni 2026

1. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 8. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 8. Juni 2026 betreffend "sofortige Kurskorrektur beim Dienstzeitmanagement sowie eine nachhaltige Besoldungsreform für Polizistinnen und Polizisten" vorgelegt wird.
2. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 9. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 8. Juni 2026 betreffend "Faire Netzkosten, leistbare Energie und mehr Unabhängigkeit für das Burgenland" vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 9. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 8. Juni 2026 betreffend "Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln - Transparenz stärken, Regionalität sichern" vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 9. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 8. Juni 2026 betreffend "Aktiver Klimaschutz jetzt statt Strafzahlungen später" vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 9. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 8. Juni 2026 betreffend "Konsequente Zuverlässigkeitsprüfungen von Personal im Sicherheitsgewerbe" vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 9. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 8. Juni 2026 betreffend "Das Burgenland zeigt vor: Lebensmittelkompetenz und Nachhaltigkeit in der Bildung stärken" vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 9. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 8. Juni 2026 betreffend "Finanzierung von Tageskliniken und Maßnahmen gegen den Fachärzt:innenmangel im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie" vorgelegt wird.
8. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 9. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 8. Juni 2026 betreffend "Wiedereinführung des Kumulationsprinzips zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping" vorgelegt wird.
9. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 9. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 8. Juni 2026 betreffend "Klarstellung der Genehmigungspflicht von Anlegerwohnungen im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz" vorgelegt wird.
10. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 9. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 23. Oktober 2026 betreffend "Entbürokratisierung im Bundesrecht und EU-Recht" vorgelegt wird.


11. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 1. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 29. Mai 2026 betreffend "Beibehaltung von § 12c Zivildienstgesetz zur Sicherung des Freiwilligen Umweltjahres als Zivildienstersatz" vorgelegt wird.
12. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 3. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 29. Mai 2026 betreffend "Integrationsprogramm" vorgelegt wird.
13. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 3. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 29. Mai 2026 betreffend "Weiterführung der Vereinbarung gemäß 15a B-VG über Schutzunterkünfte und Begleitmaßnahmen für von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder" vorgelegt wird.
14. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 12. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 12. Juni 2026 betreffend "Junge Menschen vor negativen Auswirkungen sozialer Medien schützen und stärken. Psychische Gesundheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und echte Begegnungsräume für junge Menschen fördern" vorgelegt wird.
15. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 12. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 12. Juni 2026 betreffend "Verbote allein sind nicht genug- Begleitmaßnahmen zu angekündigtem Social-Media-Mindestalter für Kinder und Jugendliche ausbauen!" vorgelegt wird.
16. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 12. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 12. Juni 2026 betreffend "Soziale Kompetenzen von Jugendlichen fördern und sichtbar machen" vorgelegt wird.
17. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 12. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 12. Juni 2026 betreffend "Ausrollung digitale Jugend-Engagement-Plattform" vorgelegt wird.
18. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 12. Juni 2026, mit dem ein Beschluss vom 12. Juni 2026 betreffend "Sicherer öffentlicher Raum" vorgelegt wird.
19. Schreiben des Bürgermeisters von Weistrach vom 9. Juni 2026, mit dem eine Resolution vom 8. Juni 2026 betreffend "Regional statt Global - Bedrohung durch Mercosur und Ukraine Importe" vorgelegt wird.
20. Schreiben des Bürgermeisters von Rainbach i.M. vom 10. Juni 2026, mit dem eine Resolution "Gegen die Taxonomie, den Ausbau der Atomkraft und ein grenznahe Endlager" vorgelegt wird.
21. 89/E-NR/XXVIII.GP vom 10. Juni 2026 betreffend "Schaffung rechtlicher Konsequenzen bei missbräuchlicher Verwendung von Deepfakes" (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 10. Juni 2026

betreffend Schaffung rechtlicher Konsequenzen bei missbräuchlicher Verwendung von Deepfakes

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz und die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, rechtliche Konsequenzen bei der missbräuchlichen Verwendung von Deepfakes durch Evaluierung der strafrechtlichen Rechtslage bei „Hass im Netz“-Delikten und gegebenenfalls gesetzliche Änderungen herbeizuführen, insbesondere unter Berücksichtigung der Verpflichtungen aus der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (insb. Art. 5), „Bildaufnahmen“ in § 107c StGB, Entfernung von Online-Inhalten, einer Individualisierung durch die Betreiber der Plattformen (und Herausgabe ab einer gewissen Deliktsschwere).

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-06-12T08:53:00+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	